

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912**

24.9.1912 (No. 262)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 262

Dienstag, den 24. September 1912

155. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-  
anschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen  
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P  
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

#### Nimmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Ständeversammlung betreffend.

Friedrich, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir genehmigen zum Zweck der Fertigstellung des  
Beratungsstoffes für die demnächst wieder einzuberufende  
Ständeversammlung, daß die Budgetkommission der  
Zweiten Kammer der Landstände zur Vorberatung der  
Ihr in der 91. und 98. öffentlichen Sitzung dieser Kammer  
vom 1. und 10. Juli dieses Jahres überwiesenen Entwürfe  
eines Gesetzes, betreffend den Bau und Betrieb eines  
Murgwerks durch den Staat, eines dritten Nachtrags zum  
Staatsvoranschlag für 1912/13 und eines Nachtrags zu  
dem Gesetz, die Feststellung des Staatshaushalts für  
1912/13 betreffend, auf

Freitag, den 4. Oktober d. J.

einberufen werde, und beauftragen den Präsidenten  
Unseres Staatsministeriums mit dem weiteren Voll-  
zug.

Gegeben zu Badenweiler, den 22. September 1912.

Friedrich.

von Dusch.

Auf Seiner Königlichen Hoheit höchsten Befehl:  
Dr. Scheffmeier.

### Nicht-Amtlicher Teil.

#### \* Das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitag.

Der „rote Parteitag“ von Chemnitz hat am Samstag  
sein Ende erreicht, nachdem er eine Woche lang die Ver-  
treter der Sozialdemokratie zusammen gehalten hatte.  
Mit besonderer Spannung sah man diesen Parteitag  
entgegen; war er doch der erste nach den großen im letzten  
Reichstagswahlkampf errungenen Stimm- und Mandat-  
erfolgen. Man war gespannt zu hören, wie die Gesamt-  
partei diesen Sieg beurteilt und zu verwerten gedenkt.  
Und wie ist nun das Ergebnis? Irgendwie imponierend  
jedoch nicht! Mattigkeit und Verdrossenheit, so  
würden die psychologischen Kennzeichen des Par-  
teitags zu lauten haben. Es war schon sehr be-  
denklich, daß in den Journalartikeln der re-  
visionistischen Führer zu Nutz und Frommen des kommen-  
den Parteitags festgestellt wurde, daß der tatsächliche Ein-  
fluß der Sozialdemokratie in gar keinem Verhältnis zu  
ihrer ziffernmäßigen Bedeutung steht. Aber auch auf dem  
Parteitag selbst hat sich diese Einsicht oft genug, wenn auch  
nicht immer offen eingestanden, bemerkbar gemacht. Kein  
Wunder, daß die Gemüter bei den einzelnen Debatten, so  
namentlich bei der Debatte über die Reichstagswahlen  
heftig auseinanderprallten. Doch war die Sehnsucht nach  
Ruhe noch größer, als diese Lust an heftigen, persönlich  
zugespitzten Debatten. So ist denn auch der ganze Par-  
teitag ohne wirklich große Erregung, aber auch  
ohne greifbaren inneren oder äußeren Erfolg ver-  
pufft. Wieder waren es natürlich die alten Gegen-  
sätze, die auch diesmal den Auseinandersetzungen  
ihre besondere Klangfarbe verliehen: Radikale und Re-  
visionisten rangen oft genug miteinander, nur mit dem  
Unterschied gegen früher, daß der Parteivorstand in seiner  
großen Mehrheit mehr revisionistische Theorien vertrat,  
ein neuer Beweis dafür, daß der revisionistische Gedanke  
im Parteivorstand viel mehr Einfluß besitzt, als es nach  
außen hin den Anschein hat, und ferner mit dem anderen  
Unterschied, daß diesmal auch die Revisionisten sich lauter  
als sonst zu den Grundgedanken der Sozialdemokratie be-  
kannnt, d. h. also sich mehr als sonst dem Parteivorstand  
und den Radikalen anpaßten.

Der Abg. Scheidemann, der verfloßene Vizepräsident  
des neuen Reichstages und das „geriffenste Mitglied des  
Parteivorstands“, wie ihn der „Genosse“ Lustig aus Sagen  
nannte, hatte die Haltung des Vorstands bei den Reichs-  
tagswahlen in längerem Referat zu verteidigen und ent-  
ledigte sich dieser Aufgabe nicht ohne Geschick und mit dem

Erfolg, daß die Mehrheit ihm zustimmte. Von tö-  
richter Selbstüberhebung zeugt indessen seine einlei-  
tende Behauptung, in Deutschland sei nach dem  
Ergebnis der letzten Reichstagswahl jeder dritte  
Wähler Sozialdemokrat. Diese Behauptung ist  
falsch, und die Einsicht, daß sie falsch ist, kann  
nur geeignet sein, die übertriebene Eitelkeit, mit  
der die Sozialdemokratie sich ihrer vier Millionen Wäh-  
ler rühmt, ins rechte Licht zu setzen und eine richtige Ein-  
schätzung der ziffernmäßigen Bedeutung jener Zahl her-  
beizuführen. Denn jene Zahl von vier Millionen beweist  
noch lange nicht, daß alle diese Wähler überzeugte  
Sozialdemokraten sind, sie beweist, in ihrer Gesamtheit  
genommen, noch lange nicht den Sieg des sozialdemo-  
kratischen Gedankens an sich, sondern lediglich die politische  
Unreife eines großen Teils des Bürgertums. Daß  
unter diesen vier Millionen Hunderttausende verärgelter  
und politisch unreifer Staatsbürger stecken, die nur aus  
Oppositionslust gegen die Regierung sozialdemokratisch  
wählen, wird auch Herrn Scheidemann bekannt sein. Aber  
vielleicht gehört es zu den Anforderungen der „Griffen-  
heit“, daß er seinen Zuhörern diese Seite der Sie-  
gesmedaille nicht vor die Augen hielt.

Was die einzelnen Beschlüsse anbetrifft, so hat die nun-  
mehr beschlossene neue Einrichtung eines gutachtlich zu  
hörenden Parteiaussschusses wohl die demokratischen Ten-  
denzen gestärkt, aber dem Parteivorstand und der Reichs-  
tagsfraktion doch im wesentlichen die entscheidende Be-  
deutung und die alte Autorität gelassen. Die Bestätigung  
des Ausschlusses des „Genossen“ Gildebrand aus der Par-  
tei und die Bestätigung der dem „Genossen“ Landsberg  
von der Magdeburger Organisation zudirktierten Strafe  
haben bewiesen, daß die Radikalen und mit ihnen die  
Mehrheit der Partei nicht genehmigen, ein vernünftiges  
Eingehen auf die Bedürfnisse des nationalen Staates und  
einen gewissen Anstand gegenüber der Majestät des Mo-  
narchen zu gestatten. In der Frage der Maßfeier zog der  
Parteitag fallolässig die Konsequenzen aus den bestehen-  
den Verhältnissen; irgend eine nach Revisionismus  
schmeckende Neigung ist aus seiner Haltung nicht zu kon-  
statieren. In der Angelegenheit der Sonderkonferenzen  
kam man sich auf beiden Seiten entgegen. Sozial inter-  
essant ist die Resolution zur Frage des Vergarbeiter-  
schutzes, von rein akademischer Bedeutung die Resolution  
gegen den „Imperialismus“, die ihrem ganzen Inhalt  
nach so verbohrt ist, daß man sich wirklich fragen muß,  
ob ihre Verfasser noch auf dieser Welt zu  
Sause sind. Daß einzelne Reden, so auch die  
des Abg. Dr. Frank, mit Ausfällen, gegen den  
Reichstagskanzler geipelt waren, gehört zum Programm sol-  
cher Nationen und darf wohl nur als neuer Beleg für den  
„guten Ton“ innerhalb der Sozialdemokratie gebüht  
werden.

Erörterungen der Radikalen und Revisionisten über die  
Taktik der Partei, d. h. über die Frage, ob man revolu-  
tionieren oder reformieren soll, ob man den bestehenden  
Staat nach wie vor grundsätzlich bekämpfen oder sich ihm  
anpassen soll, um ihn dann langsam ins Paradies eines  
Zukunftstaates hinüberzuführen, solche Erörterungen  
haben nicht stattgefunden: Man hat die Trompetenstöße  
des „Genossen“ Kolb in den Sozialistischen Monatsheften  
nicht weiter beantwortet. Die badischen „Genossen“ haben  
ja auch, gehorchen den Magdeburger Beschlüssen, das Bud-  
get abgelehnt — ihre anderslautenden Begründungen  
sind nicht ernst zu nehmen — und somit den Beifall und  
die Nachsicht der Radikalen errungen. Erörterungen über  
die Taktik zwischen Radikalen und Revisionisten hätten  
ja auch erst dann einschneidenden Wert für uns, wenn sie  
endlich einmal den Bereich des Theoretischen verließen,  
d. h. wenn man rund heraus und offiziell erklärte,  
wie die Partei als solche sich zum monarchischen, zum  
nationalen Staat stellt. Das ist für uns die Hauptfrage.  
Es handelt sich für uns nicht so sehr um den Be-  
griff „Staat“ oder „Zukunftstaat“, sondern um den Be-  
griff des monarchisch-national-konstitutionellen Staates, d.  
h. um eine Staatsform, die in sich gewiß noch entwicklungs-  
fähig ist, deren Umrisse aber ein für allemal feststehen.  
Solange die Sozialdemokratie bezw. der sozialdemo-  
kratische Parteitag diesen Staat nicht offiziell anerkennt,  
kann eine dauerhafte Beziehung zwischen jener Partei  
und diesem Staat, der doch nun einmal besteht, und  
dessen innere Festigkeit auch vor sozialdemokratischer  
Seite nicht unterschätzt werden sollte, nicht geschaffen

werden. Den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen  
der Sozialdemokratie wird kein Staatsmann, der es mit  
seinem Volke ernst meint und in der Arbeiterklasse einen  
sozial gleichwertigen Faktor im Leben der ganzen Nation  
erblickt, sein Gehör versagen. Über diese Dinge läßt sich  
also reden und es gab und gibt genug deutsche Staats-  
männer, die sich durch die revolutionäre Art der poli-  
tischen Sozialdemokratie nicht abschrecken lassen, der Ar-  
beiterklasse und ihren sozial-wirtschaftlichen Bestrebungen  
ihre innigste Sorgfalt zu schenken. Zudem ist die  
moderne Monarchie als solche mit genügend Tropfen so-  
zialen Öls gesalbt, um auch den Arbeiter in seinen  
Nöten und Kämpfen zu verstehen und ihm das zuzubil-  
ligen, was ihm gebührt. Aber alles dies nur auf dem  
Boden des historisch gewordenen monarchisch-nationalen  
Staats! Wenn es der Sozialdemokratie, die doch auch  
dem Geseh der geschichtlichen Entwicklung unterworfen ist,  
gelänge, diese Kluft zu überbrücken, so wäre damit ein  
Wunsch erfüllt, der heute von jedem Vaterlandsfreund  
geteilt wird. Sonderliche Hoffnungen auf einen solchen  
Schritt hat der Chemnitzer Parteitag in uns jedenfalls  
nicht erweckt!

#### \* Die Presse über den Chemnitzer Parteitag.

Aus der Masse der beachtlichen Preßstimmen seien zu-  
nächst nur im wesentlichen folgende verzeichnet. Die  
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihren  
Rückblicken u. a.:

„Längst hat man, sogar in stark demokratisch fühlenden  
Kreisen, die Erwartung aufgegeben, vom politischen Radika-  
lismus bei seiner jährlichen Hauptvorstellung lauter Sehens-  
oder Hörensweirdes zu gewahren. Erleichtert wurde die in  
Chemnitz besonders deutlich hervortretende Taktik glänzender  
Vorbereitung durch die Tatsache, daß eine Art babylonischer  
Sprachverwirrung innerhalb der Partei, Fortschritte gemacht  
hat. Ein Redner, der etwa die alten Formeln wirksam grup-  
piert auftragen wollte, womit bis 1907 noch immer ein Erfolg  
zu holen war, fände jetzt gelangweilte Gesichter, womöglich  
schon Widerspruch. Denn es haben sich lokale und regionale  
Wünsche herausgebildet, die ihren Verecktern zum guten Teil  
für die Aufnahme in das Parteiprogramm reif erscheinen, die  
dessen formale Einheitlichkeit jedoch empfindlich gefährdeten.  
Man versteht sich nicht mehr so wie früher; auch die einfac-  
hen sozialdemokratischen „Wahrheiten“ bedürfen schon regel-  
mäßig einer begleitenden Erklärung, die zuweilen an eine Ver-  
wahrung erinnert. Kein Wunder also, daß die Sonderausgabe  
der „Sozialistischen Monatshefte“ zum Parteitag von Kritik  
überflutet.“

Der „Schwäbische Merkur“ und die „Straßburger  
Post“ schreiben gleichlautend:

„Man hätte meinen sollen, daß in der sächsischen Industrie-  
stadt, bei dem gewaltigen Resonanzboden, den eine nach Hun-  
derttausenden zählende Arbeiterbevölkerung in und um Chem-  
nitz darstellt, eine rauschende Siegesfeier aufgeführt werden  
würde. Allein schon die vor einigen Wochen veröffentlichte Ta-  
gesordnung ließ erkennen, daß Chemnitz weder ein Bacchanal  
noch ein „Jungbrunnen“, sondern nur etwa eine leberne, etwas  
erweiterte Vorstandssitzung irgend eines sozialdemokratischen  
Vereins sein werde. Und diese Voraussicht hat die Tagung  
selbst nun voll bestätigt. Selten hat ein sozialdemokratischer  
Parteitag so wenig politisches Interesse, der Partei selbst we-  
der Anregung noch Entwicklung, den Gegnern kaum einen An-  
knüpfungspunkt zu grundsätzlicher Kritik geboten. Wenn man  
nicht wüßte, daß andere Gründe vorliegen, so könnte man auf  
die Vermutung kommen, daß diese unerwartete Sanftmut in d  
Selbstbeherrschung einer schlau berechneten Taktik entspringt,  
daß die Partei es darauf anlegte, dem diesmal gewaltigen  
denn je angelegenen Troh der Mitläufer durch ruhige  
Sachlichkeit und Arbeitsamkeit zu imponieren und ihn dadurch  
möglichst dauernd zu fesseln. Indessen, dem ist doch nicht so.  
Das Gefühl, es dürfe die Einigkeit der Partei nicht schon  
wieder einmal auf die Probe gestellt werden, war sogar bei den  
badischen Errevisionisten lebendig gewesen, und so hatten sie  
sich einen Anlaß konstruiert, um diesmal ihr Landesbudget  
abzulehnen. Es war also im wesentlichen ein Parteitag der  
„Dämpfung“ nach allen Richtungen, der nach einer Woche meist  
langweiliger Debatten auseinandergehen wird. Chemnitz war  
keiner der üblichen „Marzfeiern“ auf dem Marsch der Arbeiter-  
bataillone in die Morgenröte der Befreiung.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ meinen:

„00:50 soll das Verhältnis in der Reichstagsfraktion (Ra-  
dikale und Revisionisten) stehen; Beweis genug, daß die Re-  
visionisten, auch wenn sie heute noch in der Minderheit sind,  
sich doch stark auf dem Marsch befinden, und daß sie, die noch  
in Dresden geschmäht und geschändet wurden, schon morgen  
die Sieger sein können. Das hat sich auch sonst ganz deutlich  
gezeigt: Mit wech gewaltigem Beifall wurden einst die Ag-  
dalktionen der Radikalen, der rote Ledebour und der schwarze  
Stadthagen und gar Frau Rosa empfangen, wenn sie auf  
der Tribüne stand, zu schauen fürchtbar prächtig, wie blu-  
tiger Nordlichtschein! Jetzt hat Rosa Luxemburg überhaupt  
gefehlt, Stadthagen und Ledebour erzielten nicht einmal  
einen Achtungserfolg, und die Genossen, die sonst vor Erre-

gung beiten, wenn die Blitze aus ihren Augen zuckten und der Donner ihrer Rede über sie dahinstolzte, zogen sich jetzt in die Frühstücksräume zu kapitalistischem Hafensbraten oder zur mammonistischen Leberwurst zurück. Ja, die Ledebour- und Stadthagen haben die Sonnenhöhe ihres Lebens überschritten, und lachend und auf ihr Erbe lästern, stehen bereits die Frank und Quessel in den Stiefeln. Der gewaltige Atem einer geistigen Revolution, wie sie die Welt noch nie gekannt hat, so versichert der „Vorwärts“, ging in diesen Tagen über die Stadt Chemnitz dahin. Möglich. Aber diese geistige Revolution hindert nicht, den jüngsten Parteitag als die langweiligste politische Aktion zu empfinden, die uns die Genossen jemals bescherten. Ein alter Hauspruch aber lautet: „Gott behüt uns vor Regen und Wind, und vor Gefellen, die langweilig sind!“

Die Badischen Neuesten Nachr. (Mannh. Generalanzeiger) lassen sich so vernehmen:

„Der Parteitag von Chemnitz ist keine Sensation geworden, er ist so ruhig und temperamentlos verlaufen, wie seine Regisseure es nur irgend zu Wege bringen konnten. Man hielt den Zusammenstoß der Richtungen mit Kunst und Gewalt zurück, die Gegensätze sind doch allmählich zu einer solchen Schärfe gediehen, daß der Zusammenprall fürchtbar werden müßte (? Red.). Man mußte zusammenbleiben und schwierige Kompromißarbeiten machen. Radikalismus und Revisionismus im Gesamtergebnis des Parteitages möglichst balancieren, den Radikalismus etwa durch die radikale Resolution zur Fleischtsteuerung, den Revisionismus dann durch die Billigung des Stichwahlabkommens mit der Volkspartei befriedigen, um den Eindruck und die agitatorische Anziehungskraft der 110 Reichstagsmandate und der 4 1/2 Millionen Wählerstimmen nicht abzuschwächen. Das Gesecht steht; der Radikalismus hat nicht den Revisionismus überwunden und der Revisionismus hat es für flug gefunden, die scharfen und freien Töne der Parteitagnummer der Sozialistischen Monatshefte auf dem Parteitag wesentlich, ganz wesentlich sogar zu dämpfen, der Zusammenstoß zwischen Hoch und Frank verlief doch eigentlich recht gemüht, wenn man bedenkt, welche leidenschaftlicher Streit vorher um die Sonderkonferenzen wogte. Radikale und Revisionisten sind auf diesem Parteitag der Dämpfung in ihren Händen, Abneigungen und Differenzen miteinander nicht von der Stelle gerückt, der innere Wandlungs- und Särungsprozess der Sozialdemokratie machte für die Parteitagsbauer Halt, aus reiner Taktik. Wilhelm Kolb forderte in seinem „Volkstreu“ von dem Parteitag, die Sozialdemokratie müsse endlich eine klare politische Stellung zu den Fragen der Gegenwart nehmen, sie müsse den Mut haben, bis in die letzten Konsequenzen hinein — als eine demokratisch-sozialistische Reformpartei aufzutreten. Er wird wohl nicht finden, daß die Sozialdemokratie in Chemnitz diesen Mut gefunden hat, sie hat nur die taktische Klugheit bezeugt, insonderheit radikale Beschlüsse mit revisionistisch gefärbten zusammenzuspannen. Der Effekt dieser kunstvollen oder künstlichen Kombinationsarbeit ist, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen auch ferner noch als „aktive politische Kraft“ nur im bescheidensten Maße in Frage kommt — in Kommunen und einigen Landtagen — aber gar nicht im Reichstag. Und der fernere Effekt dieser halben Entschlossenheit und halben Unentschlossenheit zu positiver, verantwortungsvoller Mitarbeit ist, daß das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den bürgerlichen Parteien sich nicht geändert hat. Wir wollen es für unsere Zwecke genauer ausdrücken: Die Entfernung zwischen der nationalliberalen Partei und der Sozialdemokratie ist dieselbe geblieben, da letztere sich in den großen grundsätzlichen Fragen nicht näher herabbeugt hat an die Linie positiver fruchtbringender Arbeit, die auf der Basis einseitiger Klassenpolitik, eines radikalen Doktrinarismus und einer unhistorischen Dogmatik nicht möglich ist. Wenn etwa die scharfen und utrigen Anklagen der Sozialistischen Monatshefte gegen die Verstaubtheit und Unfruchtbarkeit des Radikalismus die Hoffnung geweckt hatten, in Chemnitz werde ein mehr oder minder großer Baustein zu dem Zukunftsgedanken des Reichstagsabkommens herbeigetragen werden, der wird, wenn er seine Wünsche nicht an die Stelle der Wirklichkeit setzt, zugesehen, daß diesen Hoffnungen in Chemnitz nicht allzuviel Befriedigung geworden ist. Wir brauchen, um das zu erhärten, nur auf die Verhandlungen des Parteitages über die Fleischtsteuerung und den Imperialismus zu verweisen. Chemnitz bedeutet für den Gedanken oder die Möglichkeit praktischer Zusammenarbeit zwischen Liberalismus und Sozialismus nichts oder so gut wie nichts; der innere Wandlungs- und Särungsprozess in der Sozialdemokratie aber wird natürlich an diesem Parteitag der Dämpfung des Streites und der freiwilligen Zügelung der revisionistischen Reformziele vorbei weiter fluten; über die Taktik der Erhaltung der äußeren Einheit wieder für ein Jahr sich vorwärts bewegen; für diesen Prozess bedeutet Chemnitz mit seinen radikalen Resolutionen kaum eine flüchtige Hemmung; die Artikel der Sozialistischen Monatshefte werden auch ferner nicht den radikalen und doktrinen Geist der angezogenen Chemnitzer Parteitagbeschlüsse atmen.“

Der „Bad. Landesbote“, das führende Organ des badischen Fortschritts, schreibt u. a.:

„Wir haben oft genug vor einer allzu optimistischen Beurteilung der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie gewarnt. Zeigt doch auch dieser Parteitag noch genug, daß man auf wichtigen Gebieten sich von der doktrinen Phrasen noch nicht hat lösen können. Es ist dies besonders schmerzhaft auf einem Gebiete, auf dem die Sozialdemokratie sich grundsätzlich ändern muß, soll einmal in Deutschland, wie es Friedr. Naumann jüngst in Stuttgart so beredt ausgeführt hat, endgültig „links gefahren“ werden. Die zum „Imperialismus“ angenommene Resolution läßt schlechterdings jedes Verständnis vermissen für die Weltlage, vor allem auch für die bedrohte Stellung Deutschlands innerhalb der Weltwirtschaft, für die gefährdete Stellung Deutschlands innerhalb der Weltwirtschaft, an der doch gerade die Arbeiterschaft herborragend interessiert ist. Und auf diesem Gebiete arbeiten heute noch radikale und Revisionisten Hand in Hand. Das ist schmerzhaft, aber vielleicht doch nicht verwunderlich. Jede Entwicklung geht langsam, sehr langsam bei der Sozialdemokratie, dieser Partei des „Fortschritts“. Fragen wir uns: Wer hätte noch vor zehn Jahren ein Stichwahlabkommen für möglich gehalten, wie es im Januar dieses Jahres zum Abschluß gekommen ist? Wer hätte an seine Billigung durch einen Parteitag geglaubt? Und doch ist beides geschehen. So wollen wir den Glauben an den Sieg der Vernunft auch auf anderen Gebieten nicht aufgeben, wir wollen an unserem Teile wie bisher wader daran weiter mitarbeiten, daß einmal die Zeit der deutschen Linken kommt.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ führt aus:

„Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz darf nicht nach dem alten Schema: „Die Radikalen, die Revisionisten“ beurteilt werden. Damit wäre seine Bedeutung nicht erschöpft, obwohl der Sieg des Revisionismus auf der ganzen Linie ein vollkommener war. Aber der Begriff Revisionisten ist zu eng für die, welche alle mit den Frank und David um den Parteivorstand und Webel sich gruppierten. Die Gasse, Scheibemann,

Sindermann, Kautsky sind sicherlich keine Revisionisten und haben doch in den beiden strittigen Fragen mit den Revisionisten für das Stichwahlabkommen und gegen die Sonderkonferenzen der Radikalen gestimmt. Der Gegensatz zwischen Radikalismus und Revisionismus wird auch nach Chemnitz nicht tot sein. Im Gegenteil! Er wird im Streit um die Parteifuturtruppe, in den lokalen Organisationen und im Reichstag noch oft zu offenem und zu geheimen Auseinandersetzungen führen. Noch mancher Parteitag und noch mancher Vorwärtsartikel wird sich mit diesem Gegensatz beschäftigen, aber es wird gut sein, ihn nicht zu überschätzen. Der Parteitag in Chemnitz hat's ja den Genossen im Lande draußen kund und zu wissen getan, daß im Schoße der sozialdemokratischen Fraktion eigentlich zwei regelrecht organisierte Parteien bestehen, die sich gegenseitig unter den Neuankommenden die Mitglieder wegfeilen. Man sprach von der Rechten und von der Linken in der Fraktion wie von zwei festabgegrenzten Parteigegebenen. Ja, man hat auch beraten, daß zurzeit in der sozialdemokratischen Fraktion die Partei der Rechten 30, die der Linken 60 Mitglieder zählt und daß 20 noch „wild“ sind. So genau sind die Parteien und ihre Mitglieder abgegrenzt. Wer sich nicht teilen läßt oder zur Minderheit geht, der kommt nicht als Mitglied in die Kommissionen und nicht als Redner zum Wort“, sagte ein Genosse und Abgeordneter. . . . Der Kampf ruht, der Gegensatz, das Duell zwischen der Linken und der Rechten in der sozialdemokratischen Fraktion bleibt unausgesprochen. Nicht als ob die Revisionisten sich in Chemnitz zu schwach gefühlt hätten, um den Radikalen den Willen des Parteitages zu diktiert. Man wollte keinen Krach, keinen Skandal, denn man mußte Rücksicht nehmen. Der ganze Chemnitzer Parteitag war geleitet von der Rücksichtnahme auf den Liberalismus. Die Sozialdemokratie wollte durch keinen Skandal und durch keinen Beschluß die Bündnisfähigkeit mit dem Liberalismus verschlechtern und verlieren. Deshalb vermißt man mit angestrichelter Sorgfalt die Ausprägung der alten Gegensätze, wie jedem ersten Zusammenstoß aus, auch in Fragen, wo die übliche Kapitalgier unvermeidlich schien und verhinderte jeden Ausbruch des üblichen revolutionären Rabaukradikalismus gegen Monarchie und Kaiser, gegen die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder vermißt die üblichen blutigen Agitationsreden in die nicht offiziellen, weniger beachteten Nebenversammlungen des Parteitages. Die Art, wie das Stichwahlabkommen besprochen, und wie schließlich mit dem Übergang zur Tagesordnung alle Anträge unter den Tisch gewischt wurden, bedeutet eine unerblümliche Einladung des Liberalismus zu weiteren Bündnissen.“

Die „Mannheimer Volksstimme“ schreibt u. a.:

„Der Parteitag von Chemnitz hat einen unseres großen Januarfestes würdigen Verlauf genommen. Die Verhandlungen waren erfüllt von dem Geiste der Kameradschaft und Sachtlichkeit, und der Wille zur Einheit beherrschte alle Beschlüsse. Die bürgerliche Presse hatte in den letzten Wochen mit Behagen alle „Fälle“ zusammengetragen, die voraussetzlich als Bündnistoff im Parteistreit wirbeln müßten; aber es zeigte sich, daß unsere Parteigenossen es fast haben, sich gegenseitig zur Freude der Feinde zu zerfleischen. So wurde die Affäre Landsberg ohne viele Worte durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, und auch die widerwärtige Göppinger Angelegenheit konnte nach offener Aussprache ohne förmlichen Beschluß verlassen werden, da der Parteitag einmütig das Verhalten des Parteivorstandes billigte, und die von Stadt und anderen in der „Bremer Bürgerztg.“ und „Leipziger Volksztg.“ erhobenen Anschuldigungen als parteischädigende Verleumdungen nachgewiesen wurden. . . . Der Parteitag von Chemnitz hat uns keine programmatischen Änderungen gebracht, der Versuch verschiedener Freidenkergruppen, unsere Stellung zu den Fragen der Kirchenpolitik einer Revision zu unterziehen, ist erfreulicherweise vereitelt worden. Alles in allem: man kann der Tagung von Chemnitz das Zeugnis ausstellen, daß auf ihr für die organisatorische und geistige Einheit unserer Bewegung Hervorragendes geleistet wurde.“

### \* Innerpolitische Übersicht.

#### Vom IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertag.

Im Nachstehenden geben wir den Schluß der Ausführungen des Geheimrats Dr. v. Helfferich wieder, der mit diesem Teil seiner Rede auf dem 4. Allgemeinen Deutschen Bankiertag zu München berechtigtes Aufsehen erregt hat. Ein Diskussionsredner hatte die Darstellung angezwungen, die Dr. Helfferich in seinem Referat über die Inanspruchnahme der Reichsbank von dem Verhalten der deutschen Börsen während der Marokkofrise gegeben hatte, und behauptet, Deutschland sei damals am Ende seiner Kraft gewesen. Darauf antwortete, wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, Dr. Helfferich in seinem Schlusswort: Es ist mir nicht eingefallen, etwa zu behaupten, daß wir im vorigen Jahre um diese Zeit in dulci júbilo gelebt hätten. Nein, meine Herren, die Zeiten waren bitter ernst, und wir hatten alle unsere schweren Sorgen. So töricht bin ich nicht, das irgendwie bestreiten zu wollen. Aber darauf habe ich mir erlaubt hinzuweisen, daß in dieser schweren Zeit der Kapitalmarkt und die Banken in Deutschland besser abgeschnitten und besser Stand gehalten haben als in Frankreich, und das halte ich aufrecht. Ich rekapituliere die schlagendsten Ziffern: Im Laufe des Jahres 1911 ist dreiprozentige deutsche Reichsanleihe nur um 3 1/2 Prozent gesunken, die französische Rente um 5,6 Prozent und die englischen Konsols um 6 1/2 Prozent. Im September war der Privatdiskont in Berlin nur um ein Drittel Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres, in Paris um nahezu 1/2 Prozent. Die deutschen Börsen sind allerdings mit erheblichen Kurseinbußen, aber doch aus eigener Kraft über den schweren Septemberultimo hinausgekommen. Auf der Pariser Börse waren die Kursrückgänge noch bedeutend stärker, und die Regierung mußte hinter den Kulissen intercedieren, um der Börse über den Ultimo hinauszuhalten. Das sind feststehende Tatsachen. Aber freilich, Sie können in der Welt herumfragen, wo Sie wollen, bei den Franzosen und den Italienern, bei Engländern und Amerikanern, ja bei Türken und Griechen, überall würden Sie hören, daß Deutschland im September vorigen Jahres finanziell am bitteren Ende war, während Frankreich turmhoch erhoben über alle Schwierigkeiten in ungeschwächter Kraft dastand. Und woher kommt diese Auffassung, die mit den Tatsachen in diametralen Gegensatz steht? Sie kommt daher, daß der Ton die Musik macht, und wie bei uns der Ton gemacht worden ist, das wissen wir ja alle. Wenn irgendwo im kleinsten Nest in

Rommern oder Ostpreußen von einer Sparkasse 20 000 oder 100 000 M. abgehoben wurden, da rannete man zum Telegraphenamate, und das Ereignis wurde in die Welt hinausposaunt, und am nächsten Tage stand in den Zeitungen aller Kontinente zu lesen: In Deutschland Run auf die Sparkassen und finanzieller Zusammenbruch. Erkundigen Sie sich heute in Frankreich, welche Summen dort in der kritischen Zeit den Sparkassen und nicht nur den Sparkassen, sondern auch den Banken entzogen worden sind, und Sie werden Summen hören, die Sie in Erstaunen setzen. Aber freilich, in den französischen Zeitungen hätten Sie im vorigen Jahre vergeblich Nachrichten über solche Vorkommnisse gesucht. Ich will Ihnen den Grund sagen: Wenn damals in Frankreich eine Zeitung sich unterstanden hätte, solche alarmierende und Frankreich kompromittierende Nachrichten in die Welt zu setzen, einerlei, ob falsch oder richtig, dem Journal wären an demselben Tage die Fenster eingeschmissen worden. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Meine Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Ich will Sie nicht aufreizen, ihm bei ähnlichen Fällen auch bei uns die Fenster einzuschmeißen. (Weiterkeit.) Aber die Zeiten sind nach wie vor ernst, und wir brauchen in Deutschland in solchen Dingen mehr Vorsicht und Zurückhaltung, als sie bisher geübt worden ist. Wenn die heutige Aussprache den Erfolg hat, daß diejenigen, die es angeht, sich diejenige Vorsicht und Zurückhaltung auferlegen, die in anderen zivilisierten Ländern eine reine Selbstverständlichkeit ist, so werden sie von dem Ergebnisse des heutigen Tages gewiß nicht das mindeste Wichtigste sein. (Lang anhaltender Beifall.)

### Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Schlettstadt.

SRK. Straßburg, 20. September.

Die am Montag den 16. September vorgenommene Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Schlettstadt hat den Sieg dem Kandidaten des elsäß-lothringischen Zentrums, dem Chefredakteur des Elsäßer Kurier, Abbé Dr. Gaegy, gebracht. Der Ausgang kann nicht überraschen. Der verstorbene Abgeordnete dieses Kreises, Pfarrer Dr. Will, gehörte ebenfalls dem elsäß-lothringischen Zentrum an und der Wahlkreis kann überhaupt als ein sicherer Sitz des Zentrums betrachtet werden. Hieran wird sich auch in der nächsten Zeit kaum etwas ändern. Zwar wurde bei dieser Wahl ein Rückgang der Zentrumstimmen beobachtet. Dr. Gaegy erhielt 7112 Stimmen, während bei der Wahl im Januar dieses Jahres sein Vorgänger Dr. Will 8340 Stimmen bekam, das sind 1228 Stimmen weniger. Indes es ist eine allgemeine Erscheinung, daß die Ersatzwahlen unter geringerer Beteiligung vor sich gehen, als die Hauptwahlen, wo die Wählermengen in eine viel lebhaftere Bewegung geraten. Das zeigt sich auch bei der Gesamtheit der abgegebenen Stimmen, wenn aus besonderen Umständen hier auch nur in beschränkter Weise. Im Januar wählten von 16 157 eingeschriebenen Wählern 12 405, im September nur 12 197. Der Unterschied wäre weit größer geworden, wenn im Januar die Fortschrittspartei einen Kandidaten aufgestellt hätte. Damals aber mutete man den Fortschrittler zu, für den Sozialdemokraten zu stimmen, was manchem Wähler nicht passte, so daß er zu Haus blieb. Die Folge ist gewesen, daß bei der Ersatzwahl die Fortschrittler, die hier einen eigenen Kandidaten hatten, und die Sozialdemokratie zusammen nur 1000 Mann mehr aufbrachten, als bei den Januarwahlen. Bei den Januarwahlen fielen auf den gemeinsamen Kandidaten der Fortschrittler und der Sozialdemokraten, den Sozialisten Zmbs 4065 Stimmen, im September auf den Fortschrittler Andauer 2306 und den Sozialisten Zmbs 2769, zusammen 5075 Stimmen. Man könnte aus diesen Zahlen ebenso gut einen Rückgang der sozialistischen Stimmen folgern, was aber niemand tun wird, denn 1903 erhielt die Partei 2785 und 1907 2901 Stimmen. Gegen 1907 haben die Fortschrittler oder die alten Liberalen etwas gewonnen, sie erhielten damals 2091 Stimmen. Indessen Zuverlässiges läßt sich aus diesen Zahlen nicht folgern. Ersatzwahlen stehen auf einem besonderen Platze. Das zeigte sich auch bei der ganzen Agitation, wo die Prinzipienfragen der Parteien stark zurücktraten und eine persönliche Art des Wahlkampfes aufkam, die diesen auf ein erschreckend tiefes Niveau herabdrückte.

### Die Selbsthilfe der Städte gegen die Fleischtsteuerung.

Dresden, 22. Sept. Das dänische Fleisch findet so großen Absatz, daß es bereits die Viehpreise auf dem Schlachthof drückt. Weitere Fleischtransporte werden diese Woche eintreffen. Mehr als 150 Dresdener Fleischermeister haben sich zum Verkaufe bereit erklärt.

Duisburg, 22. Sept. Die Stadt bezieht jetzt Fleisch aus Dänemark, das Mittwoch und Samstag zum Verkaufe kommt. Die Preise schwanken zwischen 68 und 120 Pfennig. Auch wurde ein ständiger Fischverkauf eingerichtet.

\* Zeitungsstimmen.

Einen begeisterten Hymnus auf Bismarck finden wir in dem führenden rheinischen Zentrumsblatt, der „Köln. Volksztg.“ Das Blatt schreibt u. a.:

„Es wird ein unvermeidlicher Nährstanz für den Altreichstanzler bleiben, daß er sich in der Verfolgung seines großen Zieles nicht hat beirren lassen. Und diese Charakter-

stärke und Entschlossenheit ist ihm geworden in der harten Prüfungszeit der Konfliktsjahre. Ein Wort Reichenspergers zeigt die Bedeutsamkeit des Kampfes: „Es handelt sich in der Tat um den freierziehenden Militärstaat und um den Rest der königlichen Allgewalt.“ Und der König wenigstens hatte im Anfang des Kampfes den Gedanken nicht abweisen können, daß möglicherweise eine Revolution den Sturz des Königtums herbeiführe. Bismarck freilich dachte nicht so. Ihm war es ein Axiom, daß die preussische Armee in ihrer jetzigen Gestalt und Führung überhaupt nicht besiegt werden könne. War erst die Lage geschaffen, die das Heer in Tätigkeit treten ließ, so konnte man mit den Erfolgen in der äußeren Politik des inneren Widerstandes Herr werden. Zunächst freilich war die Entwicklung im Inneren nicht günstig. Aber trotzdem hält er durch. Er führt die preussische Politik zu den Erfolgen des Jahres 1866. Und damit hat er den Widerstand im Inneren besiegt. Der Tag von Königgrätz war auch der Schicksalstag der deutschen Fortschrittspartei. Die Neuwahlen brachten ihr nur 89 Sitze. Bei der Frage der Heimstätte spaltete sich zu dem der Liberalismus, es bildete sich die Nationalliberale Partei, mit deren Unterstützung Bismarck die ersten Jahre seiner Reichspolitik durchführte. Noch liegen die Ereignisse dieser Zeit nicht weit genug zurück, daß wir zu ihnen eine völlig sichere, klare Stellung einnehmen könnten. Soviel aber steht einwandfrei fest: Wir können die Lösung, die Preußens Größe und des Reiches Einheit endgültig sicherstellte, mit Freuden begrüßen, wir müssen mit Dankbarkeit des Mannes gedenken, dessen Lebensarbeit dieses Werk vollendete, mit Dankbarkeit — trotz der Erinnerung an schweres Leid, das derselbe Mann den deutschen Katholiken zugefügt hat.

### \* Aus Heer und Marine.

**Personalveränderungen im württembergischen Heer.** Der württembergische „Staatsanzeiger“ schreibt: Seine Majestät der Kaiser und König hat gnädigst geruht, den Generalfeldmarschall von Vod und Polach, Generalinspekteur der 3. Armeedivision, zum 30. September 1912 von dieser Stellung zu entheben und den Generalobersten von Willow, kommandierender General des 3. Armeekorps, mit dem 1. Oktober 1912 zum Generalinspekteur der 3. Armeedivision zu ernennen. Der General der Infanterie von Böhm, Gouverneur der Festung Ulm, mit dem 21. September 1912 wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension und unter Stellung à la suite des Infanterieregiments „Samburg“ (2. hanseatisches) Nr. 76 zur Disposition gestellt. Ferner haben Seine Majestät der König zu verfügen geruht: Generalleutnant und Kommandeur der 26. Division (1. königl. württ.) von Gerold wird behufs Ernennung zum Gouverneur der Festung Ulm von seiner Stellung enthoben. Wilhelm, Herzog von Urach, Graf von Württemberg, Durchlaucht, Generalmajor, vom 1. Oktober 1912 als Generalleutnant, Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade (1. königl. württ.) wird zum Kommandeur der 26. Division (1. königl. württ.) ernannt unter Belassung à la suite des Dragonerregiments Königin Olga Nr. 25. Ferner hat Seine Majestät der König durch Allerhöchste Ordre vom 21. September 1912 den Herzog Robert von Württemberg, königliche Hoheit, Oberst à la suite des Dragonerregiments König Nr. 26, unter Belassung à la suite des Dragonerregiments König, zum Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade ernannt.

### \* Ausland.

#### Die Reformen in der Türkei.

Konstantinopel, 21. Sept. Die Pforte veröffentlicht das Protokoll des Ministerrates betreffend die für sämtliche Provinzen der Türkei beschlossenen Reformen. In dem Protokoll heißt es: Der Minister des Äußeren hat dem Ministerrat einen Bericht vorgelegt, der auf die bekannnten Erklärungen der Völkerverträge bezüglich der Lage in Rumelien und die Albanien betreffenden Beschlüsse, sowie die Besprechungen des Völkervertrages in Petersburg, Turchan Pascha, mit dem Minister des Äußeren Saffonow Bezug nimmt und die Notwendigkeit darlegt, den Provinzbehörden klare Instruktionen zu erteilen, um die Ursachen aus der Welt zu schaffen, die ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen Bevölkerungselementen Rumeliens verhindern, um Willigkeit in den Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Behörden und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sichern, sowie schließlich die Beschlüsse betreffend Albanien in der ganzen Türkei nach den lokalen Bedürfnissen durchzuführen. Der Ministerrat nahm auch den dieselben Fragen betreffenden Bericht des Ministers des Innern vom 10. d. M. zur Kenntnis, worin folgende Maßnahmen empfohlen werden: Fortsetzung der Durchführung der allgemeinen Gesetze überall, wo eine Gerichtsorganisation besteht; in denjenigen Vilajets Albanien, wo eine solche Organisation nicht besteht, soll bis zur Einführung solcher Organisationen wegen der Verschiedenheit der Bevölkerung das lokale Gewohnheitsrecht angewendet werden. Das Justizministerium soll diesbezügliche Gesetzentwürfe vorbereiten und dem Parlament vorlegen.

Konstantinopel, 22. Sept. In dem gestern im Ministerrat zur Kenntnis gebrachten Bericht des Ministers des Innern vom 10. d. M. werden außer der bereits angeführten noch folgende weitere Maßnahmen gefordert: 1. Die Leiter der Reformministerien haben alles aufzubringen, bei der Bestellung von Beamten sich nicht von Rücksichten auf die Rasse oder Religion leiten zu lassen. 2. Unter den die erforderliche Eignung besitzenden Personen ist jenen der Vorzug zu geben, welche die örtlichen Gebräuche, Sprachen und Bedürfnisse kennen. 3. Die Ministerien für Unterricht und Ackerbau werden aufgefordert, in allen Hauptorten der Vilajets und der Sandshahs, deren Einwohner dreihunderttausend Personen übersteigen, Lyzeen und Landwirtschaftsschulen zu errichten und in den Lehrplan dieser Schulen die Ortsprache aufzunehmen. 4. Kredite zu bewilligen für die Errichtung theologischer Lehranstalten überall dort, wo ein Bedürfnis hierfür vorhanden ist. 5. Da sich das Arbeitsministerium bereits mit dem Bau von erforderlichen Eisenbahnen und Straßen beschäftigt, sollen alle Provinzen aufgefordert werden, den Ministerien für öffentliche Arbeiten und für Ackerbau die noch erforderlichen Eisenbahnlagen, Straßen, Ausbaggerungen der Flüsse und Bewässerungen namhaft zu machen, um den Handel und Ackerbau sowie die Ausbeutung der Gruben und Wäldungen zu fördern. 6. Die Vilajets aufzufordern, unverzüglich eine detaillierte Liste der Gemeinden anzulegen, deren Bildung angezeigt erscheint. 7. Auf alle Vilajets Rumeliens die Entschliebung betreffend den Militär-

dienst der albanesischen Rekruten, die außer in Kriegszeiten und bei außerordentlichen Ereignissen im Innern des Landes den Dienst in den Heimatskorps ableisten sollen, in analoger Weise anzuwenden.

Genf, 23. Sept. Der 19. internationale Friedenskongress, zu dem über 400 Teilnehmer erschienen sind, wurde gestern mit einem glänzenden Empfang eröffnet.

Wien, 23. Sept. Heute früh sind 70 Polizeibeamte unter Führung des Polizeioberinspektors Patold hier eingetroffen, um im Gebäude des ungarischen Ministeriums, wo die ungarische Delegation tagt, den Ordnungsdienst zu versehen.

Paris, 23. Sept. Gestern abend starb hier Prinz Louis Murat, ein Enkel des Königs von Neapel, im Alter von 71 Jahren.

Paris, 23. Sept. Der Unterrichtsminister teilte einem Berichterstatter der Agence Havas mit, daß er eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet habe, um die Lage der Lehrerschaft zu verbessern und die wertvollste Schule wirksam zu schützen. Seine Vorschläge, die u. a. die Abänderung des Statutes der Volksschullehrer und die Erhöhung ihrer Bezüge umfassen, sollen vom Ministerrat schon vor längerer Zeit genehmigt worden sein. Die vom Minister geplanten Reformen sollen in einem Zeitraum von 5 Jahren durchgeführt werden und dürften etwa 40 Millionen erfordern.

Paris, 23. Sept. Nach einem Bericht des „Matin“ aus Rabat glaubt General Rautey, daß die gegenwärtig in Marokko stehenden 50 000 Mann samt den demnächst zur Verstärkung eintreffenden zwei Bataillonen Alpenjägern und Senegalschützen genügen werden, um eine wirksame Besetzung des unter französischem Protektorat stehenden Gebietes durchzuführen. Rautey will das Besatzungskorps in vier Gruppen einteilen, die möglichst unabhängig von einander sein sollen: in die Gruppe von Fez 12 Bataillone, von Meknes 8 Bataillone von Rabat, 9 Bataillone und in die vom Sahara gebiet samt Marakech 11 Bataillone. Die sibirischen Truppen gedenkt Rautey so zu verteilen, daß jedes Schützenbataillon aus 3 Kompanien algerischer Schützen und einer sibirischen Kompanie zusammengesetzt ist.

Konstantinopel, 23. Sept. Der russische Botschafter hatte gestern auf der Pforte eine lange Unterredung mit dem Minister des Äußeren, in der er die Ausdehnung der beabsichtigten Reformen auch auf die nichttürkischen Nationalitäten verlangte. Es wurde viel bemerkt, daß die Pforte nach dieser Unterredung ihre Verlautbarungen über die Reformen herausgab.

Saloniki, 23. Sept. Das mit dem französischen Dampfer „Danube“ hier angelangte, für Serbien bestimmte Kriegsmaterial, von dem bereits 20 Waggons mit Erlaubnis der türkischen Regierung per Bahn nach Serbien unterwegs sind, wurde infolge plötzlich getroffener Anordnungen der Pforte auf der Grenzsituation griechische zurückgehalten. Der Grund dieser Verfügung ist hier unbekannt.

Belgrad, 23. Sept. „Politika“ meldet, daß gestern eine Abordnung der serbischen Kaufmannschaft beim Ministerpräsidenten erschien, um angesichts der beunruhigenden Gerüchte um Aufrührung über die auswärtige Lage zu bitten. Der Ministerpräsident erklärte, daß keine Kriegsgefahr bestehe und keine Veranlassung zur Einschränkung des Geschäftsverkehrs vorliege. „Strazna“ fordert die Regierung auf, durch eine offene Darlegung der Lage die Öffentlichkeit von den beängstigenden Ungeheuerheiten zu befreien und entweder rasch zu handeln oder die militärischen Vorbereitungen einzustellen.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 23. September.

\*\* Der Präsident des Großh. Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch, ist aus Urlaub zurückgekehrt und hat heute die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

Graben, 22. Sept. Bei der Gemeinderatswahl wurden gewählt auf 6 Jahre je 2 Nationalliberale und Konserbative, auf 3 Jahre ebenfalls je 2 Nationalliberale und Konserbative.

Bulach, b. Karlsr., 22. Sep. Bei der Gemeinderatswahl wurden auf 6 Jahre gewählt: je 1 Fortschrittler, Zentrum und Sozialdemokrat; auf 3 Jahre 1 Fortschrittler und 2 Sozialdemokraten.

Donauerschingen, 22. Sept. Das Bürgermeisteramt gibt nun bekannt, daß es am Samstag gelungen ist, in einer Tiefe von 180 Metern auf die erste salzhaltige Schicht zu stoßen. In welcher Stärke das Salz dort vorhanden ist, können die Bohrungen erst in den nächsten Wochen ergeben.

Willingen, 23. Sept. Das Hotel „Hirschhalde“ bei Bad Dürkheim ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt ca. 150 000 M., da auch fast sämtliches Inventar verbrannt ist.

### Historischer Tageskalender für Karlsruhe.

24. September:

1715 Erster „Gnadenbrief“ des Markgrafen Karl Wilhelm, des Gründers der Stadt, für diejenigen, die „um Carolsruhe sich nieder lassen“. 1719 hatte Karlsruhe gegen 2000 Einwohner.

### Aus der Residenz.

Z. Großherzogliches Hoftheater. Die unter den neueren Musikdramen weitaus erfolgreichste dreiaktige Tragödie, „Oberst Chabert“ von W. von Waltershausen erzielte bei der gestrigen Aufführung am Hoftheater wieder einen starken Erfolg. Das Publikum stand von Anfang bis Schluß im Banne des durch eine Handlung von seltener Spannung, unaufhaltbarer Steigerung und padender Dramatik ausgezeichneten Werks, dessen musikalische Einleitung nicht nur mit dem Text in denkbar innigstem Zusammenhang steht, sondern auch durch ihre Selbstständigkeit und Ausdrucksfähigkeit, ihre rhythmisch harmonische Kraft und nicht zuletzt durch den Schwung ihrer Melodik ausnehmend interessiert und fesselt. Dazu kommt hier eine vortreffliche Besetzung des Werks. Herrn

Büttners Oberst Chabert in seiner wirkungsvolleren und treffenden darstellerisch-gefühligen Charakterisierung, Frau Lauer-Kottlars Gräfin, bei der sich Wahrheit der Empfindung und Größe des Ausdrucks vereinigen, Herrn Sieverts durch jugendlich feuriges Ungeheuer und glänzende Stimmpracht ausgezeichneten Grafen Ferrand, Herrn Wecklers fein abgewogenen Advokaten Deville und Herrn v. Schwinds prächtiger, stimmungsvoller Godeschal bildeten ein Ensemble, das höchsten Ansprüchen zu genügen vermochte. Ihm und dem Orchester, das die komplizierte Partitur ebenso schön als plastisch eindringlich zur Anschauung brachte, war Herr Reichwein ein zuverlässiger Führer. Die Vorstellung fand lebhaften Beifall.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 23. Sept. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I begann heute vormittag die Verhandlung gegen die Abgeordneten Vordardt und Leinert wegen der Vorkommnisse am 9. Mai, die zur gewalttätigen Entfernung der beiden Abgeordneten führten. Die Anklage lautet gegen Vordardt auf Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt, gegen Leinert auf Widerstand. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Preuß. Als Zeugen sind geladen die Schriftführer Abg. Köchling, Itzger und von dem Hagen, Polizeileutnant Kolb und vier Schutzleute, von der Verteidigung die sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch und Adolf Hofmann. Nach Verlesung des amtlichen Stenogramms der Sitzung vom 9. Mai, dessen Richtigkeit die Angeklagten bis auf einen unwesentlichen Passus zugeben, gibt Abg. Vordardt eine Darstellung der Vorgänge, wie sie sich seiner Meinung nach entwickelt haben und bezeichnet es als eine in der Öffentlichkeit verbreitete Legende, daß er z. B. die Situation zugespitzt hätte, damit es zum Ausschluß komme. Oberstaatsanwalt Dr. Preuß beantragt unter Zubilligung mildernder Umstände gegen Vordardt wegen Hausfriedensbruch und Widerstand 5 Wochen Gefängnis, gegen Leinert wegen Widerstand 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

Saloniki, 23. Sept. Der englische Dampfer „Barnes More“, der kürzlich bei der Einfahrt in den Hafen von Saloniki auf eine Seemine aufsaß und schwer beschädigt wurde, ist von dem deutschen Bergungsdampfer „Berthilde“ in den Hafen von Saloniki gebracht worden.

### Familiennachrichten.

Geburt. Ein Knabe: P. Aug. Glasfetter, Wagenführer. Todesfälle. Franziska Jung, Ehefrau. Luise Brian, Ehefrau. — Georg Koblpointner, Tagelöhner, Ehemann. — Johann Verheimmüller, Lokomotivführer, Witwer.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 23. September 1912.

Die Luftdruckverteilung hat sich nur insofern etwas geändert, als sich der Kern des noch ganz Nord- und Mitteleuropä umfassenden Hochdruckgebietes auf Skandinavien und die nördliche Nordsee verlegt hat. Das Wetter ist im größten Teil Deutschlands wie bisher bei frischen östlichen Winden heiter und in den Morgenstunden sehr kühl. Eine wesentliche Änderung der bestehenden Luftdruckverteilung und damit des Witterungscharakters steht nicht in Aussicht.

### Wetternachrichten aus dem Süden vom 23. September, 7 Uhr früh.

Lugano bedeckt 9 Grad, Biarritz heiter 16 Grad, Triest wolkenlos 12 Grad, Florenz wolkenlos 12 Grad, Brindisi bedeckt 16 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

September	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in m/s	Rel. Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
21. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.	760.2	7.5	5.6	72	NO	wolkenlos
22. Morgs. 7 <sup>u</sup> 11.	760.6	4.3	5.6	90	—	—
22. Mittags 2 <sup>u</sup> 11.	759.0	13.3	4.8	42	SE	wolfig
22. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.	759.1	6.1	6.0	86	NO	wolkenlos
23. Morgs. 7 <sup>u</sup> 11.	759.5	4.1	5.9	97	—	—
23. Mittags 2 <sup>u</sup> 11.	758.3	14.1	5.3	44	—	h. bedeckt

Höchste Temperatur am 21. September: 14.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.2.

Niederschlagsmenge, gemessen am 22. September, 7<sup>u</sup> früh: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 22. September: 13.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.3.

Niederschlagsmenge, gemessen am 23. September, 7<sup>u</sup> früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 22. September, früh: Schusterinsel 2.15 m, gefallen 5 cm; Kehl 2.95 m, gefallen 6 cm; Magau 4.71 m, gefallen 10 cm; Mannheim 4.21 m, gefallen 14 cm.

Wasserstand des Rheins am 23. September, früh: Schusterinsel 2.01 m, gefallen 14 cm; Kehl 2.84 m, gefallen 11 cm; Magau 4.63 m, gefallen 8 cm; Mannheim 4.07 m, gefallen 14 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

## KÖNIGL. SELTERS

Ältestes u. berühmtestes Tafel- und Gesundheitswasser. Rein natürlich gefüllt unter Staatskontrolle. Literatur durch die Brunnen-Inspektion in Niederselters (Reg.-Bez. Wiesbaden).

# Knorr



Kochen macht Vergnügen  
mit  
**Knorr-Suppen**  
und Bouillon-Würfel

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Soeben erschien:

## Der kleingewerbliche Kredit in Deutschland

in systematischer privat- und nationalökonomischer Darstellung

Von

70 V

**Dr. Hans Schönitz**

(Freiburger Volkswirtschaftliche Abhandlungen. I. Band. 4. Ergänzungsheft.)

XVI und 542 Seiten. — Preis M 12.—.

Welche Vorteile hat ein typischer Handwerker von einer Kreditgenossenschaft? Steht er sich besser oder schlechter als ein Kaufmann oder Industrieller bei dem Kredit seitens einer Großbank? Ist dieser Kredit überhaupt in der Lage, das Handwerk lebensfähig zu erhalten? Das sind die Fragen, die der Verfasser in vorliegendem Buche, auf reiches und sorgfältig gesichtetes Material gestützt, möglichst exakt zu beantworten sucht. Der Hansabund hat eine aus Anlaß seines bekannten Preisausschreibens eingereichte, den Mittelstandskredit betreffende Arbeit des Verfassers preisgekrönt. Das vorliegende Buch wird vielen willkommen sein, ist doch die Behandlung des genossenschaftlichen Kreditwesens tatsächlich zu einem kritischen Kompendium des Bankwesens überhaupt geworden.

Das Buch dürfte nicht nur für die Kredit-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Vorschuß- und Kreditvereine, Banken, Handelshochschulen und deren Lehrer, sondern auch für Nationalökonomien, Sozial- und Wirtschaftspolitiker, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter- und Volksbanken von hervorragendem Interesse sein.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

Nach den  
**Nordseebädern**

Amrum • Borkum • Helgoland  
Juist • Langeoog • Norderney  
Sylt • Wangerooge • Wyl a. Föhr

von Bremen, Bremerhaven  
bzw. Wilhelmshaven

Sahrepläne und direkte Fahrkarten auf allen  
größeren Eisenbahnstationen

Auskunft erteilen  
**Norddeutscher Lloyd Bremen**  
Europäische Fahrt  
und seine Vertretungen

In Karlsruhe i. B.: General-Agentur für  
Baden Fr. Kern, Karl-Friedrichstraße 22,  
Ecke Erbprinzenstraße.

In Pforzheim: Franz Leppert, Leopoldstr. 1.  
In Mannheim: Hans & Diesfeld, Hans-  
Gauß, D I 7/8.

### Erster, X. und XIV. Haupttreffer

Lamen aus der Engener-Lotterie  
in meine Kollekte und werden  
wie alle Keimeten Gewinne  
sofort bar ausbezahlt. Als  
nächste kommen zum Zug:  
**Badener Ausstellung** und  
**Luisenpark** à 50 Bfg. 10  
St. 4.50 M. **Frankfurter** u.  
**Zweibrücker** à 1.10, bei 10  
Stück ein freies, **Bad. Kreuz**  
à 1.— M. D.532

**Carl Götz,**  
Seibelstraße 11/15 b. Rathaus.

### Bauführer

überlässiger, energischer, in  
Bauleitung und Abrechnung  
erfahrener Werkmeister für  
größeren Neubau sofort ge-  
sucht. F.440.9  
Großh. Bezirksbauinspektion  
Freiburg.

### Bürgerliche Rechtspflege.

#### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

F.443.2 Heidelberg. Der  
Kaufmann John Gubrauer,  
Inhaber des Korsettengeschäfts  
Seitz zu Heidelberg, vertreten  
durch Rechtsanwalt Dr. Doen-  
ninger daselbst, klagt gegen d.  
Frau L. B. de Gismonti,  
früher zu Heidelberg, jetzt  
an unbekanntem Ort, aus  
Warenkauf mit dem Antrage  
auf Verurteilung der Beklag-  
ten durch vorläufig vollstrec-  
bares Urteil zur Zahlung von  
90 M. 50 Pf. nebst 4 Proz.  
Zinsen vom 14. August 1912.

Zur mündlichen Verhand-  
lung des Rechtsstreits wird d.  
Beflagte vor das Gr. Amtsge-  
richt zu Heidelberg auf  
Dienstag, 12. November 1912,  
vormittags 9 Uhr,  
Zimmer Nr. 2, geladen.  
Heidelberg, 18. Sept. 1912.  
Der Gerichtsschreiber Großh.  
Amtsgerichts 1.

F.442.2.1 Mannheim. Die  
Leib- und Sparkasse Firma  
Leo, Köhle und Konsorten zu  
Siedingen, Prozeßbevollmäch-  
tigter: Rechtsanwalt Gentil  
in Mannheim, klagt gegen die  
Ehefrau des Tischlermeisters  
Friedrich Bitter, Margaretha  
geb. Föhl, früher in Mann-  
heim, jetzt an unbekanntem

### Grundstücks-Zwangsversteigerung

zur Aufhebung der Gemeinschaft unter den Erben der Amalie  
geb. Wul, Witwe des Hofpojamantiers Friedrich Welfch in  
Karlsruhe.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Zgb.-Nr. 607: 5 a 08 qm  
mit Gebäuden Amalienstraße 22.

Schätzung: 85 000 Mark.

Versteigerungstermin: Freitag den 8. November 1912,  
vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude, Adlerstraße 25.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.  
Karlsruhe, den 17. September 1912. F.430.2.1  
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

### Orten, auf Grund des Kauf-

vertrags vom 17. September  
1901, mit dem Antrage, die  
Beflagte unter Kostenfolge zu  
verurteilen, an die Klägerin  
den Betrag von 1000 M. aus  
dem Grundstück der Gemarkung  
Mannheim L. B. Nr. 240n  
auf Grund der im  
Grundbuch Bd. 17 Heft 22  
Abt. III Nr. 5 eingetragenen  
Hypothek zu zahlen, und das  
Urteil für vorläufig vollstrec-  
bar zu erklären.

Die Klägerin ladet die Be-  
flagte zur mündlichen Ver-  
handlung des Rechtsstreits  
vor die 3. Zivilkammer des  
Großh. Landgerichts zu Mann-  
heim auf  
Dienstag, 19. November 1912,  
vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen  
bei dem gedachten Gerichte  
zugelassenen Anwalt zu be-  
stellen.

Zum Zwecke der öffentlichen  
Zustellung wird dieser Aus-  
zug der Klage bekannt ge-  
macht.

Mannheim, 13. Sept. 1912.  
Der Gerichtsschreiber Großh.  
Landgerichts.

F.470. Bühl. über das Ver-  
mögen des Kaufmanns Wil-  
helm Brambach, Inhaber der  
Badenia-Drogerie in Bühl,  
wurde heute am 21. Sept.  
1912, vormittags 8 Uhr, das  
Konkursverfahren eröffnet,  
da Gemeinschuldner zahlungs-  
unfähig ist.

Rechtskonjunkt Christ in  
Bühl wurde zum Konkurs-  
verwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis  
zum 11. Oktober 1912 bei dem  
Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt  
vor dem diesseitigen Gerichte  
zur Beschlußfassung über die  
Beibehaltung des ernannten  
oder die Wahl eines anderen  
Verwalters, sowie über die  
Bestellung eines Gläubiger-  
ausschusses und eintretenden-  
falls über die in § 132 der  
Konkursordnung bezeichneten  
Gegenstände und zur Prüfung  
der angemeldeten Forderun-  
gen auf  
Montag den 21. Oktober 1912,  
vormittags 11 Uhr,  
Zimmer Nr. 10.

Allen Personen, welche eine  
zur Konkursmasse gehörige  
Sache in Besitz haben oder zur  
Konkursmasse etwas schuldig  
sind, wird aufgegeben, nichts  
an den Gemeinschuldner zu  
verabfolgen oder zu leisten,  
auch die Verpflichtung aufzer-  
legt, von dem Besitze der Sa-  
che und von den Forderungen,  
für welche sie aus der Sache  
abgesonderte Befriedigung in  
Anspruch nehmen, dem Kon-  
kursverwalter bis zum 11.  
Oktober 1912 Anzeige zu ma-  
chen.

Bühl, 21. Sept. 1912.  
Gerichtsschreiber Gr. Amts-  
gerichts.

#### b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

F.467.2.1 Ettlingen. Der  
am 27. Oktober 1859 zu Net-  
terzimmern geborene, zuletzt  
in Ettlingen wohnhaft gewe-  
sene Herr Emil Meyer wird  
aufgefordert, spätestens im  
Aufgebotsstermin, das ist  
15. April 1913,  
9 Uhr vormittags,  
beim unterzeichneten Gerichte  
sich zu melden, widrigenfalls  
auf Antrag des Abwehrens-  
pflegers, Bürgerfabrikant  
Bernhard Müller in Karls-  
ruhe, seine Todeserklärung  
erfolgt.

Ettlingen, 16. Sept. 1912.  
Gerichtsschreiber Gr. Amts-  
gerichts.

### Strafrechtspflege.

#### Labung.

F.420.3 Heidelberg. Der  
am 23. Mai 1873 in Leipzig  
geborene Kaufmann Arthur  
Paul Wohlgenuth, zuletzt  
in Heidelberg wohnhaft, des-  
sen Aufenthalt unbekannt ist,  
wird beschuldigt, daß er als  
Landwehrmann der Infante-  
rie 2. Aufgebots ausgewan-  
dert ist, ohne von seiner be-  
vorstehenden Auswanderung  
der Militärbehörde Anzeige  
zu erstatten. Übertretung ge-  
gen § 360 Ziffer 3 R. Str.-  
G. B.

Derfelbe wird auf Anord-  
nung des Gr. Amtsgerichts  
auf  
Donnerstag, 14. Novbr. 1912,  
vormittags 9 Uhr,  
vor das Gr. Schöffengericht  
in Heidelberg zur Hauptver-  
handlung geladen. Auch bei  
unentschuldigtem Ausbleiben  
wird zur Hauptverhandlung  
geschritten werden.

Heidelberg, 17. Sept. 1912.  
Gerichtsschreiber Großh.  
Amtsgerichts 7.

### Verschiedene Bekanntmachungen. Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen die An-  
stellung eines städtischen Ge-  
ometers. D.350  
Etatmäßige Anstellung auf  
der Grundlage der Bestim-  
mungen des bad. Beamtenge-  
setzes nach entsprechender  
Probezeit ist in Aussicht ge-  
nommen.

Bewerber, welche die badi-  
sche Staatsprüfung für Geo-  
meter bestanden haben, wol-  
len ihre Meldungen mit Le-  
benslauf und Zeugnisab-  
schriften nebst Angabe ihrer  
Ansprüche an Anfangs- und  
Höchsthalt bis 1. Oktober 1.  
3. diesseits einreichen.  
Lahr, 18. Sept. 1912.  
Der Stadtrat:  
Dr. Alfelig.

Büchel.

### Stadtbaumeisterstelle.

Der Dienst des Stadtbau-  
meisters ist asbad neu zu be-  
setzen. D.351.2.1

Die Stelle soll in dem neu  
zu erlassenden Gehaltsstatut  
vorgesehen werden, außerdem  
besteht Aussicht auf Aufnah-  
me des Inhabers nach Ablauf  
eines einjährigen Probe-  
dienstjahres in die Fürstenge-  
kasse. Der Anfangsgehalt be-  
trägt ca. 2400 Mark.

Die Dienst- und Anstel-  
lungsverhältnisse werden ver-  
traglich geregelt.

Bewerbungen um diese  
Stelle sind unter Angabe über  
die persönlichen und zeitber-  
rigen Beschäftigungsverhält-  
nisse bis 1. Oktober ds. J8.  
an den Gemeinderat einzu-  
reichen. Bewerber, die sowohl  
im Hochbau als auch im  
Tiefbauwesen erfahren sind  
und ihre Befähigung nach-  
weisen können, erhalten den  
Vorzug.  
Wiesloch, 20. Sept. 1912.  
Der Gemeinderat:  
Burchardt.  
Kramer.

Zum Neubau des Jellen-  
flügels III am Landesgefäng-  
nis Mannheim sollen gemäß  
Verordnung Großh. Ministe-  
riums der Finanzen vom 3.  
Januar 1907 vergeben wer-  
den: F.388.3.2

Erdb., Maurer-, Beton- und  
Zement-, Steinhauer- (Gran-  
it und Sandstein), Zimmer-  
arbeiten, die Guß- u. Walz-  
eisenlieferung, Eisenkonstruk-  
tionen, Dachdecker- u. Flech-  
nerarbeiten, Abgabebauung.

Angebotsunterlagen, wel-  
che nicht nach auswärtig ge-  
sendt werden, erhältlich vom  
21. Sept. bis 5. Okt. 1912,  
zwischen 10 und 12 Uhr.

Angebote mit Aufschrift,  
verschlossen und portofrei, bis  
Montag den 7. Oktober 1912,  
vormittags 10 Uhr, einzurei-  
chen, wo die Eröffnung der  
Angebote im Beisein etwa  
erschienener Bewerber statt-  
findet. Zuschlagsfrist 4 Wo-  
chen.

Großh. Bezirksbauinspektion  
Mannheim.

Bauarbeiten für den Um-  
bau der Fußwegunterführung  
im Schloßgarten zu Mann-  
heim bei km 0,455 der Gü-  
terlinie Mannheim Peronen-  
bahnhof-Ludwigshafen nach  
der Finanzministerialverord-  
nung vom 3. Januar 1907  
öffentlich und in einem Los  
zu vergeben. F.409.3.

Walzisensträger 4912 kg,  
Schraubenbolzen mit Mut-  
tern 850 kg.

Unterlagsisen 945 kg.  
Betondecke 71 qm.  
Buntsandsteinquader 4 cbm  
mit allen Einrichtungs- und  
Vollendungsarbeiten.

Pläne und Bedingnisheft  
im Dienstgebäude, Tunnelstr.  
5, 2. Stock, Zimmer 19, zur  
Einsicht. Angebotsvordrucke  
und Zeichnungen werden Be-  
werbern gegen einen Betrag  
von 1 M. 50 Pf. abgegeben.  
Kein Versand nach auswärtig.  
Unterschiedene Angebote mit  
der Aufschrift „Schloßgarten-  
unterführung“ spätestens bis  
Mittwoch den 25. September

6. 3. nachmittags 5 Uhr, zur  
öffentlichen Verhandlungs-  
behandlung verschlossen und  
portofrei bei uns einzureichen.  
Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Mannheim, 17. Sept. 1912.  
Großh. Bauinspektion.

Herstellung einer Wasser-  
leitung für Station 133  
der Schwarzwaldbahn Sta-  
tion Laumühle nach Finanz-  
ministerialverordnung vom 3.  
Januar 1907 öffentlich zu  
vergeben. Angebotsfrist  
720 lfd. m 40 mm l. B. ein-  
schließlich Grabarbeit, Pläne  
und Bedingnisheft auf unse-  
rem Dienstzimmer (Nr. 2)  
eingulichen, daselbst Abgabe  
der Angebotsformulare. An-  
gebote verschlossen und por-  
tofrei mit entsprechender Auf-  
schrift, spätestens bis 4. Ok-  
tober, nachm. 5 Uhr, bei uns  
einzureichen. F.473

Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
Eingen. 20. Sept. 1912.  
Großh. Bauinspektion.

### Badisch-Pfälzischer Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. Ok-  
tober 1912 wird die Station  
Neustadt (Saardt) Bbf. in  
den Ausnahmestufen 10 für  
Getreide usw. des Tarifbes-  
tes Nr. 281 vom 1. Juni 1906  
aufgenommen. F.454

Die Frachttarife sind aus un-  
serem Tarifanzeiger zu er-  
sehen.  
Karlsruhe, 20. Sept. 1912.  
Großh. Generaldirektion der  
Staatseisenbahnen.

### Deutsch- und Nieder- ländisch-Pfälzischer Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. No-  
vember altm. 14. November  
neuen Stils treten in Ver-  
kehr mit der Station Nowy  
Port der Nikolai-Eisenbahn  
erhöhte Frachttarife in Kraft.  
Näheres wird in unse-  
rem nächsten Tarifanzeiger be-  
kannt gegeben. F.455

Karlsruhe, 21. Sept. 1912.  
Großh. Generaldirektion der  
Staatseisenbahnen.

**Kunstgewerbehaus, Kunsthandlung Gerber**

Gerber & Schwinsky Einrahmungs-Geschäft

Karlsruhe, Kaiserstr. 229, Eingang Hirschstr., Teleph. 542

Ständige Ausstellung kunstgewerbli. Erzeugnisse. Passende  
Geschenke für alle Gelegenheiten. Gerahmte Bilder, Oel-  
gemälde, Plastiken, Reliefs. C.532

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Am 1. Oktober beginnen unsere  
**Sprach-**  
**Kurse**  
und zwar besonders D.340

**Abend-Kurse.**  
Englisch, Französisch, Italienisch,  
Spanisch, Portugiesisch, Deutsch,  
Grammatik, Korrespondenz, Konversation, Literatur.  
**Nachhilfe** für Schüler aller Lehranstalten.  
Honorar mäßig.

Der Unterricht wird teilweise von Ausländern u. von Herren,  
die lange Jahre im Ausland tätig waren, erteilt.  
Ausführliche Auskunft bereitwilligst durch die  
**Handelsschule „Merkur“**  
Karlsruhe Kaiserstrasse 113 Telephon 2018.

F.442.2.1 Mannheim. Die  
Leib- und Sparkasse Firma  
Leo, Köhle und Konsorten zu  
Siedingen, Prozeßbevollmäch-  
tigter: Rechtsanwalt Gentil  
in Mannheim, klagt gegen die  
Ehefrau des Tischlermeisters  
Friedrich Bitter, Margaretha  
geb. Föhl, früher in Mann-  
heim, jetzt an unbekanntem